

Europa am Scheideweg

Für eine offensive Verteidigung europäischer Werte

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bieten wenig Anlass zum Optimismus: Die traditionellen Parteien der linken und rechten Mitte haben dramatisch an Zustimmung verloren, die rechten und linken extremistischen Gruppierungen hingegen teilweise zweistellige Zuwachsraten in ihre Scheuern gefahren: Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Niederlande, Spanien, Griechenland, Ungarn. Eine Ausnahme bildet Italien, wo der neue Ministerpräsident Renzi klar gewann. Er gilt bei den Menschen offenbar noch nicht als Mann des Systems. Zudem ist die Wahlbeteiligung zwar geringfügig gewachsen, bleibt aber dennoch unter der Marke von fünfzig Prozent. Mehr als die Hälfte der Europäer blieb zu Haus. Ihnen scheint, aus unterschiedlichen Gründen, Europa egal zu sein.

Am dramatischsten ist die Situation im französischen Nachbarland: Jeder vierte Wähler hat den rechtsradikalen *Front National* gewählt, der die Roma aus dem Land jagen, den Euro abschaffen und die Union verlassen will. *Le Monde* spricht, unmittelbar nach der Wahl, vom „Chaos des Präsidenten Hollande“, der *Figaro* beschreibt den Zustand der konservativen UMP (Union du mouvement populaire) als desaströs. Nach der Korruptionsaffäre *Bygmalion* tritt die gesamte Führungsriege zurück; Verzweifelte rufen nach Sarkozy: Er soll die alte Dame retten. Freilich ist er inzwischen selbst der Korruption bezichtigt.

Die Siegerin *Marine Le Pen* genießt am Wahlabend ihren Triumph: 25,94 % der abgegebenen Stimmen, mit Abstand stärkste Kraft, weit abgeschlagen die Sozialisten mit 13,98 %, derzeit (noch) Regierungspartei. In einem üblen Gemisch aus Hass und Verachtung schimpft sie *Hollande* einen Verräter, nennt die Roma und andere Minderheiten ein Grundübel, an dem Frankreich zugrunde gehe, und kündigt an, es sei der Tag gekommen, an dem die Franzosen wieder Herr im eigenen Hause seien. Außenpolitisch stehe eine enge militärische und energiepolitische Zusammenarbeit mit *Russland* auf der Agenda: Ähnlich verkündet es zu gleicher Stunde *Victor Orbán* in Budapest.

Frankreich steht beispielhaft für einen Prozess der Re-Nationalisierung, der zahlreiche europäische Länder erfasst hat: zurück an die Wurzeln, keinerlei weitere Kompetenzen an das Europäische Parlament oder die Brüsseler Kommission abgeben, vielmehr sollen die nationalen Parlamente erneut gestärkt werden. Die Bürger und die europäischen Institutionen haben sich entfremdet, nicht nur in Frankreich. Im Land der *Marianne* sind es die alten Strategen um *Jean-Pierre Raffarin*, *Francois Fillon* und *Alain Juppé* – auf der bürgerlichen Seite –, in eine Vielzahl von Skandalen verwickelt, sowie – auf der Seite der Sozialisten – Präsident *Hollande* und Premierminister *Valls*, in heftigem Bruderkrieg geschwächt: Sie alle demonstrieren, wie man auf schnellem Wege der Demokratie den Garaus machen kann. Denn die Arbeitslosigkeit hat im Lande erschreckende Dimensionen erreicht: 10,4 % waren es Ende Mai. Im Wahlkampf freilich spielte das keine Rolle.

Die Sünden der Vergangenheit rächen sich: Frankreich hat nie eine Berufsausbildung gehabt, die ihren Namen verdient. Entsprechend hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit; französische Jugendliche mit arabischen Vornamen werden bei Einstellungen systematisch diskriminiert und flüchten in Drogen und Gewalt. Eine Integration ist nie ernsthaft versucht worden.

Auf der anderen Seite ist der Mythos der Eliteschulen verblasst: Frankreichs Intelligenz ist, im internationalen Maßstab, zweitklassig. Das wissen die Klugen im Lande seit langem, doch Frankreich im Ganzen will es nicht wahrhaben und träumt von vergangener Größe.

Frankreich steht kulturell vor einem Scherbenhaufen. Es hat nie ernsthaft seine koloniale Vergangenheit, mithin seine Verbrechen vor allem in Afrika und im Fernen Osten, kritisiert, sondern schönge-redet und tabuisiert. Ebenso geschah es mit der Kollaboration großer Teile der Eliten mit den Nazis während des Zweiten Weltkriegs: weithin verschwiegen seit Kriegsende, vertuscht in den Geschichtsbüchern. Stattdessen wird die *résistance* glorifiziert, nicht nur am 14. Juli jedes Jahres. Die Parole lautet: Frankreich ist unbescholten, die bösen Buben saßen damals in Deutschland und heute in Brüssel, ersatzweise in Washington und in der Wallstreet: die alttestamentarische Sündenbock-Theorie feiert fröhliche Urständ.

Auf diesem Boden gedeiht die Saat des Front National prächtig. Seine simple Losung lautet: Frankreichs Größe muss wiederhergestellt werden! Dann werden der Bauernstand wieder triumphieren (in Wahrheit wäre die französische Landwirtschaft ohne die europäischen Subventionen längst pleite!) und jeder Franzose sein Huhn im Topf haben! Kritiker dieser Parolen sprechen landauf landab inzwischen treffend vom *Camembert-Faschismus*.

Entscheidungen

Europa steht am Scheideweg. Entweder setzt es seine bisherige Politik der Formelkompromisse, des Feilschens um politische Ämter wie jetzt bei der Besetzung der Brüsseler Kommission sowie der hemmungslosen Verbürokratisierung des Kontinents bei weiter bestehendem Demokratiedefizit der europäischen Institutionen – Parlament, Kommission, Europäischer Rat und Europäischer Gerichtshof – fort oder es besinnt sich auf eine radikale Umkehr und wagt einen wirklichen Neustart. Die derzeitige politische Wirklichkeit in Brüssel und den europäischen Hauptstädten scheint für die erste Variante zu sprechen: Es wurde, Deutschland voran, um den Posten Kommissionspräsidenten, der Außenbeauftragten oder des Handelskommissars gekungelt, der hochdotierte Brüsseler Beamtenapparat wird nicht verschlankt, die Austeritätspolitik, die Griechenland und andere Südländer in den Ruin treibt, wird fortgesetzt. Umgekehrt ist keine einheitliche Politik in wesentlichen Punkten erkennbar: so gegenüber der russischen Annexion der Krim oder einer Verurteilung der wahren Schuldigen beim Abschuss der Verkehrsmaschine der *Malaysian Airlines*, die in Moskau und Donezk zu suchen sind. Vor allem aber: Die Ursachen der europäischen und globalen Finanzkrise, nämlich die hemmungslose Öffnung der „Märkte“ für Banken und spekulative Fonds, werden nicht beseitigt. Europa bliebe, wenn es in diesem Sinne fortführe, eine *marktkonforme Demokratie*, in der die Reichen beschenkt und die Armen benachteiligt werden. Deutschland ist auch hier Vorreiter: Nirgendwo sonst in der Union ist der

Abstand zwischen Arm und Reich so extrem wie hierzulande. Setzte Europa diesen Kurs unverändert fort, würde Europa auch fortan auf einen ökonomischen, in Sonderheit, finanziellen, Rest reduziert, auf das Banken-und Börsenimperium: Europa=Euro.

Die Fehler bei der Entwicklung hin zur Europäischen Union seit ihrer ersten Stunde – der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1957 – sind vor allem von fünferlei Art:

- Die Gemeinschaft wurde von Anbeginn ausschließlich als *ökonomisch-finanzielle* Verbindung von Nationalstaaten verstanden.
- Die unterschiedlichen *Kulturen* – Traditionen, Mentalitäten und Normen – wurden nicht oder allenfalls ansatzweise beachtet.
- In der Folgezeit wurden viel zu schnell viel zu viele *Neumitglieder* aufgenommen, die zum Großteil bereits die finanziellen Voraussetzungen nicht erfüllten (Griechenland) oder keine Demokratien darstellten (Bulgarien, Rumänien). Das Jahr 2004 markiert dabei eine unrühmliche Spitzenstellung mit der Aufnahme zehn neuer Mitglieder, die in der Union im Regelfall vor allem eine zu melkende Kuh sahen.
- Es wurden lediglich Kriterien der *Aufnahme* neuer Mitglieder formuliert, nicht aber solche des *Ausschlusses* bei nachgewiesener Europafeindschaft oder auch Schädigung europäischer Interessen.
- Es wurde, auf Druck Frankreichs, das Prinzip der *Einstimmigkeit* festgelegt und damit eine Mehrheitsentscheidung – Grundpfeiler jeder Demokratie – außer Kraft gesetzt. Erst seit 1986 gilt die einheitliche europäische Akte, die Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat zulässt.

Entscheidend ist die rein ökonomistische Sicht bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft: *Montanunion*, *EURATOM* und *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* basierten auf vermeintlich gemeinsamen Interessen der Mitgliedsstaaten, was – wie sich inzwischen herausgestellt hat – reines Wunschdenken war. Als Beispiel diene der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland: hie Agrarförderung, dort Kohlesubvention. Derzeit spielt die Auseinandersetzung um Waffenlieferungen der EU-Länder an Russland eine ähnlich spalterische Rolle: Verbal sind alle Länder für deren Stop, doch soll es möglichst nicht die eigene Waffenindustrie treffen: Also kämpft Frankreich für seine Hub-schrauberträger, Großbritannien für den „Finanzplatz London“ und seine Kriegswaffen, Deutschland für diverses Kriegsmaterial. Der jetzt gefundene Formelkompromiss soll neue Lieferungen verhindern, bereits bestehende Verträge aber aussparen: Wieder einmal hat sich die Waffenlobby durchgesetzt. Wirtschaftsminister Gabriel steht unter wachsendem Druck.

Unsere Hauptkritik aber betrifft den zweiten Punkt: Von Anbeginn der Gemeinschaft wurden kulturelle Eigenheiten, Traditionen und Mentalitäten der Völker und Nationen ausgeblendet. Keineswegs lediglich trennen Steuermoral und öffentliche Verschuldung den Norden und den Süden Europas; grundlegend anders ist das Verhältnis des Bürgers zum Staat hier wie dort. Gilt in protestantisch

geprägten Ländern unverändert *Hegels* Diktum, der Staat, weil seiend, sei vernünftig, so dominiert im katholischen Süden weit mehr das Bild vom *Leviathan*: der Staat als allmächtiger, das Individuum bedrohender Moloch, weshalb es nur logisch sei, ihn zu hintergehen. Konsequenterweise wuchs über Jahrhunderte hinweg im Süden anarchistisches Gedankengut: In Italien war es lange vor *Garibaldi*s Marsch auf Rom vorherrschend; auch *Antonio Gramsci* war in erster Linie Anarchist. In Spanien waren anarchistische Gewerkschaften an der Errichtung des demokratischen Spanien in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts beteiligt, ehe *Francos* faschistischer Putsch der Republik ein Ende bereitete.

Im Norden ist das unvorstellbar: Der schreckliche Satz des letzten deutschen Kaisers zu Beginn des Ersten Weltkrieges: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ traf auf fruchtbaren Boden. Nicht nur das Bürgertum, auch weite Teile der Arbeiterklasse stimmten jubelnd zu und verabschiedete die Soldaten fahnenschwenkend an die Front. Die Sozialdemokratie stimmte der Bewilligung der Kriegskredite zu. Die deutschen und österreichischen Intellektuellen mit allzu wenigen Ausnahmen wie *Heinrich Mann*, *Otto Dix*, *Sigmund Freud* und *George Grosz*, später *Max Beckmann* und *Käthe Kollwitz*, intonierten nationalistische Jubelarien: *Thomas Mann*, *Max Liebermann*, *Franz Marc*, *Robert Musil* und so viele Andere waren verblendet. Freilich war es in Frankreich, Großbritannien und Russland nicht besser: *Romain Rolland*, *Rudyard Kipling* oder *Wladimir Majakowski* reagierten ähnlich völkisch.

Der schwache Einigungsprozess nach 1918 zwischen Frankreich und Deutschland über den Massengräbern von *Verdun* und *Ypern* fand seine Inkarnation in den Nobelpreisträgern *Aristide Briand* und *Gustav Stresemann*. Doch völkisch-nationalistisches Streben, zumal in Deutschland – sich berufend auf *Ernst Moritz Arndt* und *Johann Gottlieb Fichte* – machte dem schnell ein Ende. Europa versank 1939 in vollständiger Agonie; das faschistische Deutschland hatte 1933 den Weg bereitet.

Große Europäer

Folgt man *Friedrich Nietzsches* Verständnis von der Weltgeschichte als einer „schauerlichen Herrschaft des Unsinn und Zufalls“, so lassen sich dafür sicher treffliche Belege finden: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges gehört nach neuestem Geschichtsdenken dazu. Nietzsche freilich war auch ein großer Europäer; in apollinischer Klarheit formuliert er 1886 in *Jenseits von Gut und Böse*: „Dank der krankhaften Entfremdung, welche der Nationalitäts-Wahnsinn zwischen die Völker Europa's gelegt hat und noch legt, Dank ebenfalls den Politikern des kurzen Blicks und der raschen Hand, die heute mit seiner Hülfe obenauf sind und gar nicht ahnen, wie sehr die auseinanderlösende Politik, welche sie treiben, nothwendig nur Zwischenakts-Politik sein kann, – Dank alledem und manchem heute noch ganz Unaussprechbaren werden jetzt die unzweideutigsten Anzeichen übersehn oder willkürlich und lügenhaft umgedeutet, in denen sich ausspricht dass Europa Eins werden will. Bei allen tieferen und umfänglicheren Menschen war es die eigentliche Gesamt-Richtung in der geheimnissvollen Arbeit ihrer Seele, den Weg zu jener Synthesis vorzubereiten und versuchsweise den Europäer der Zukunft vorwegzunehmen: nur mit ihren Vordergründen, oder in schwächeren Stunden, etwa im Alter, gehörten sie zu den ‚Vaterländern‘, – sie ruhten sich nur von sich selber aus, wenn sie ‚Patrioten‘ wurden. Die Thatsache bleibt nichtsdestoweniger bestehen, dass die

französische Spät-Romantik und Richard Wagner auf das Engste und Innigste zu einander gehören. Sie sind sich in allen Höhen und Tiefen ihrer Bedürfnisse verwandt, grundverwandt: Europa ist es, das eine Europa, dessen Seele sich durch ihre vielfältige und ungestüme Kunst hinaus, hinauf drängt und sehnt – wohin? In ein neues Licht? nach einer neuen Sonne?“

Ähnlich argumentiert 1935, fünfzig Jahre später, *Edmund Husserl* in seiner berühmten Wiener Rede *Die Krisis des europäischen Menschentums*: „Aber es ist nun auch ersichtlich, dass von hier aus eine Übernationalität völlig neuer Art entspringen konnte. Ich meine natürlich die geistige Gestalt Europas. Es ist nun nicht mehr ein Nebeneinander verschiedener, nur durch Handel und Machtkämpfe sich beeinflussender Nationen, sondern: Ein neuer, von Philosophie und ihren Sonderwissenschaften herstammender Geist freier Kritik und Normierung auf unendliche Aufgaben hin durchherrscht das Menschentum, schafft neue, unendliche Inhalte. . . . Die Krise des europäischen Daseins hat nur zwei Auswege: Den Untergang Europas in einer Entfremdung gegen seinen eigenen rationalen Lebenssinn, den Verfall in Geistfeindschaft und Barbarei, oder die Wiedergeburt Europas aus dem Geiste der Philosophie durch einen den Naturalismus endgültig überwindenden Heroismus der Vernunft. Denn der Geist allein ist unsterblich.“

In seinem großen Essay *Das Bekenntnis zum Übernationalen* (1932) versuchte *Heinrich Mann* mit einem Appell an *Geist* und *Vernunft*, Deutschland und Europa vor der Gefahr eines Chauvinismus und Faschismus zu warnen. Die in jahrhundertelangen Kriegen verfeindeten Länder Deutschland und Frankreich sollten das Neue Europa errichten, ein Europa des Geistes und der Vernunft: „Der verfallende Hochkapitalismus macht sich reif für seine letzte Verzweiflungstat, der Nationalismus hofft auf die letzte Runde, nachdem er schon alle verloren hatte. Läge wirklich die ganze Macht noch immer bei dem alten System, der Krieg müsste ausbrechen und folgerichtig ginge es gegen Sowjetrußland. . . . Das aufgerüstete Deutschland würde vorgeschickt werden gegen Sowjetrußland, das allein wäre im Sinne des alten Systems. . . . Ein geistiges System soll ersetzt werden. Das alte, das den abgelaufenen Teil des Jahrhunderts beherrscht hat, war der *Irrationalismus*; er fällt zusammen mit den letzten Zuständen der nationalen Idee. Die Idee des *Übernationalen*, die allein lebensfähige, hat zur Voraussetzung die wiedereingesetzte, verjüngte *Vernunft*, ein ganzes System des Lebens in Vernunft und Wahrheit. Ja, das Bekenntnis zu der Idee des Übernationalen eröffnet selbst schon das neue Zeitalter. . . Ein einzelnes Land ist in Europa nicht mehr lebensfähig, weder wirtschaftlich noch politisch und erst recht nicht sittlich“.

Heinrich Manns visionärer Aufruf verhallte ungehört; der Zug raste bereits in die andere Richtung: völkisches Denken, Chauvinismus, Antisemitismus, Rassenhass, Faschismus.

Thomas Mann schließlich fordert, geprägt durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und seines eigenen Exils, 1947 eine europäische Einigung. Ähnlich wie zuvor *Stefan Zweig*, *José Ortega y Gasset*, *André Gide* oder *T.S. Eliot* entwirft er 1953 in „Comprendre“ eine Vision eines künftigen Europas der Kultur und des Geistes: „Die Jahrtausendperspektive Europas, seine Erfahrenheit im Leide, sein Wissen, daß alles fließt, alles seine Zeit hat, Vernunft zum Unsinn, Wohltat zur Plage wird, seine reife Skepsis. . . . berufen es zur Rolle des ausgleichenden, auf Verhütung namenloser Katastrophe

bedachten Mittlers weit eher als zu der des Kriegsknechts und einseitig gebundenen, zum ersten Opfer bestimmten Söldlings in dieser Gigantomachie. Nur in der Freiheit kann es sich selbst und seine Würde wiederfinden.

Europa war Herz und Hirn der Welt, und mein stiller Glaube ist, das es auch in der neuen, vor unseren Augen sich hervorbildenden Emanzipationswelt nie aufhören wird, das zu sein. Goethe sagte: ‚Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde.‘ Lassen Sie uns sagen: Uns ist nicht bange, daß Europa nicht eins werde im Geist des Wissens, der Gerechtigkeit und des Friedens.“

Auch unter Politikern waren diese Utopien verbreitet. Die deutsche Sozialdemokratie forderte in ihrem *Heidelberger Programm* 1925 die *Vereinigten Staaten von Europa* als Grundlage einer internationalen Friedenspolitik. Das Programm wurde von Vielen damals als weltfremd und illusionär abgetan. Dort heißt es: „Sie (die SPD, L.G.) widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur. . . . Sie verlangt eine internationale Abrüstung. . . . Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zu einer Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“ Utopische Forderungen, damals wie heute!

Erinnert sei an *Jean Monnet*, der, in der Nachfolge von *Briand* und *Stresemann*, erklärte, er würde, bekäme er eine zweite Gelegenheit, beim Aufbau eines gemeinsamen Europas bei der *Kultur* anfangen. Was hieß: nicht bei der *Wirtschaft*. Die sah der Franzose bereits in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als dafür ungeeignet an, weil schwankend und instabil. Die, neusprachlich, *Volatilität* der Märkte mitsamt ihren Spekulations-, Hebel- und Korruptionsmechanismen seien keine geeignete Grundlage für eine auf Dauer angelegte europäische Einheit. Ähnlich sieht es der englische Autor *John Lanchester*. In seinem Buch „Warum jeder jedem etwas schuldet und keiner jemals etwas zurückzahlt“ (2014) heißt es: „In seiner derzeitigen Form stellt das Finanzsystem eine größere Bedrohung für die westlichen Demokratien dar, als es der Terrorismus je sein könnte. Keine demokratische Regierung ist je von einer terroristischen Bedrohung destabilisiert worden.“

Kritiker eines Europas des Geistes

Natürlich finden sich die Kritiker solcher Gedanken vor allem in den Wirtschaftskreisen, unter den Militärstrategen und Verwaltungsbürokraten in Brüssel und den europäischen Hauptstädten. Doch es ist auch unter französischen oder deutschen Intellektuellen schick geworden, seine Euroskepsis, wenn nicht Feindschaft, offen zu artikulieren. In Frankreich hat jüngst der Historiker *Pierre Nora*, anders als früher *Jean Paul Sartre*, *Jacques Derrida* oder *Michel Foucault*, unter der akademischen Elite ein wachsendes Desinteresse an Europa und, vor allem, am großen Nachbarn Deutschland festgestellt. Das Wahlergebnis 2014 sei eine der Konsequenzen dessen. Hierzulande stellte *Peter Sloterdijk* eine ähnliche Entwicklung fest, im Gegensatz zu *Jürgen Habermas* und anderen Intellektuellen. Jüngst hat *Karl Heinz Bohrer* in *DIE ZEIT* eine Philippika gegen europäische Utopien und ihre Protagonisten vorgetragen. Tenor: Man solle endlich den „Wahn“ einer europäischen Einigung aufgeben und sich auf das Machbare konzentrieren, nämlich ein „Bündnis“ schaffen, das neben dem ökonomischen auch das militärpolitische Interesse des Kontinents berücksichtigen müsse. Der zuletzt vom englischen

Philosophen *Peter Trawny* vorgelegte Aufsatz *Europa und die Revolution* über ein „philosophisch begründbares identisches Europa“ bewiese das argumentative Dilemma, weil „abermals an die Stelle konkreter politischer Diagnose spirituell-spekulative Kategorien treten.“ Europa werde hingegen gerade durch Ideen, Traditionen und vor allem die Vielzahl der Sprachen getrennt. Die Tatsache, dass immer mehr Jugendliche immer weniger Sprachen und, in aller Regel, lediglich das Englische als neue *lingua franca* erlernten, sei Beweis einer wachsenden „Entintellektualisierung“ der Universitäten. Das sollten die „derzeit vorherrschenden Europaschwärmer“ endlich zur Kenntnis nehmen. Die Zeit der polyglotten Bildungsbürger sei vorbei und damit jene der Utopien.

Die Alternative

Hier wird die Gegenposition vertreten. Europa ist entstanden auf der Grundlage einer Idee, die sich von der *kretischen* Wiege über neuntausend Jahre hinweg bis heute in einer Vielzahl von Kulturen mit unterschiedlichen historischen Entwicklungen, Traditionen, Rechtsnormen, Sitten und Mentalitäten zu einer europäischen Identität ausgebildet hat. Sie beruht auf vier Elementen:

- Das griechisch-römische Erbe als Begründung der Tugenden *Freiheit* und *Vernunft*, ergänzt um die Idee des *Rechts* als Voraussetzung für Frieden, Gerechtigkeit und staatliche Ordnung. Dabei dient der Staat der Freiheit der Bürger und wird nicht zu deren Kontrolleur.
- Das Erbe der drei monotheistischen Weltreligionen *Judentum*, *Christentum* und *Islam*. Alle drei haben, auf je unterschiedliche Weise und während verschiedener Epochen, Europa beeinflusst und geprägt. Sie stehen unter besonderem staatlichen Schutz, der heute bei antisemitischen wie antiislamischen Demonstrationen besonders wichtig ist.
- Die europäische *Aufklärung* als Idee der Individualität und Selbstverantwortung des Menschen sowie der Anerkennung der Universalität der Menschenrechte.
- Die Bereitschaft zu *Toleranz* und zum *Dialog* mit dem Fremden/Anderen bei Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Kulturen, sofern sie der Menschenrechtsdeklaration der Französischen Revolution 1789 und jener der Vereinten Nationen von 1948 genügen.

Die Gemeinsamkeit dieser identitätsstiftenden Faktoren gilt auch dann, wenn in der Geschichte des Kontinents über Jahre und Jahrzehnte hinweg das Trennende und die Polarität dominierten, häufig in Gestalt verheerender Kriege: Glaubenskriege und Schismen in und zwischen allen drei Weltreligionen seit der Antike bis heute, die Spannungen zwischen Staat und Kirche im Mittelalter, die Trennung zwischen lateinischer und orthodoxer Christenheit einerseits und jene zwischen katholischem und protestantischem Glauben andererseits, Renaissance und Humanismus als Belebung antiken Denkens in der frühen Neuzeit, die europäische Aufklärung als Aufbegehren gegen kirchliche und staatliche Unterdrückung freier Selbstbestimmung, die kolonialen Eroberungen und Massenverbrechen in Afrika, Asien und beiden Amerikas samt der Entkolonialisierung im vergangenen Jahrhundert, die Bauernkriege und der Dreißigjährige Krieg, der aufkommende Nationalismus im neunzehnten

Jahrhundert sowie, vor allem, die beiden Weltkriege des zwanzigsten Jahrhunderts samt der versuchten Auslöschung des Judentums. Ganz ohne Zweifel: Europa und seine Nationalstaaten stehen vor der Geschichte eher als imperialer Aggressor denn als friedensstiftender Mittler antagonistischer Mächte und Strömungen da.

Freilich gilt, dass das Projekt der *Aufklärung*, also das Vertrauen in *Vernunft*, der Kampf gegen *Aberglaube*, *Intoleranz* und *Vorurteile* und für *Emanzipation* des Individuums ein zutiefst *europäisches* ist. Von *John Lockes* großen Schriften, dem *Essay on Toleration* (1667) dem *Essay concerning Human Understanding* (1690) sowie *Some Thoughts Concerning Education* (1693), zu den französischen Aufklärern *Diderot*, *d'Alembert*, *Rousseau*, *Voltaire* und *Montesquieu* bis zu *Immanuel Kants* drei großen Kritiken und seiner fundamentalen Feststellung, Aufklärung sei die Befreiung des Menschen aus seiner *selbstverschuldeten Unmündigkeit*, führt ein direkter Weg in die Moderne: Waren es damals der Kampf gegen Sklaverei und Feudalismus, religiöse Schwärmerei, Intoleranz und regional begrenzte Kriege, so ist heute die Vernunft der wirksamste Faktor in der Auseinandersetzung mit religiösem Fanatismus und totalitären Staaten und bei der weltweiten Durchsetzung der *Menschenrechte*. Dies ist kein Eurozentrismus, sondern eine aus der Ideengeschichte des Kontinents hergeleitete Überzeugung, europäische Werte sollten fortan eine entscheidende Rolle bei der Schaffung einer friedlichen und menschenwürdigen Welt spielen.

Daher rührt der Optimismus, die europäische Idee könne sich fortan als Garant von *Freiheit*, *Gleichheit* und *Brüderlichkeit* bewähren. Dies zumal in einer Gegenwart, die der Hoffnung auf Zivilisierung und Überwindung von Kriegen weltweit täglich eine Absage erteilt. In einer Gegenwart obendrein, in der Weltgeschichte auch aus islamischer, hinduistischer oder chinesisch-konfuzianischer Sicht geschrieben wird.

Europäische Werte

Grundwerte der Menschenrechtsdeklarationen von Paris 1789 und San Francisco 1948 sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Schutz der Rechte des Individuums und der Minderheiten. Sie sind heute ernsthaft bedroht: Kriege zerstören Leben weltweit, Millionen von Menschen leiden unter Ausbeutung und Mangel an existenziellen Grundbedürfnissen wie sauberem Wasser und Luft, die Gleichheit vor dem Gesetz ist in vielen Regionen eine Farce, Minderheiten werden verfolgt und ausgelöscht, Bürger werden weltweit durch Geheimdienste ausspioniert, Demokratien werden schrittweise abgeschafft und in Diktaturen des Marktes umfunktioniert. Radikale Parteien und Populisten machen Jagd auf Sinti, Palästinenser, Juden und andere religiöse oder ethnische Minderheiten.

Dies alles geschieht weltweit, auch in Europa und keineswegs nur in Ungarn, Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden. Freilich tritt dort der Populismus der europafeindlichen und rassistischen Parolen besonders deutlich zutage und findet wachsenden Zuspruch: *Jobbik*, *Front National*, *UKIP* oder *Fortyn-Partei* eroberten fast zehn Prozent der Sitze im Europäischen Parlament, obwohl – oder weil – sie sich offen gegen Freizügigkeit und Minderheitenrechte aussprachen sowie die europäische

Integration ablehnen. Doch auch Deutschland, das sich gern als besonders liberal und europafreundlich darstellt, ist alles andere denn frei von ausländerfeindlichen Parolen („*Kinder statt Inder*“ skandierte die nordrheinwestfälische CDU) und populistischen Tönen („*Wer betrügt, fliegt*“, hieß es aus den Reihen der CSU).

Dagegen steht in Europa eine überwältigende Mehrheit der Menschen, denen die Grundwerte unveräußerlich und unverzichtbar sind. Sie wehren sich gegen Verletzungen der Menschenrechte, wenn sie gegen Rassismus demonstrieren, wenn sie für die Rechte der Palästinenser und gegen die israelische Aggression im Gaza-Streifen demonstrieren, wenn sie sich gegen die Bespitzelung der Bürger durch Geheimdienste wie NSA, BND und Secret Service engagieren, wenn sie die Terror, Folter und die Ermordung von Intellektuellen in China, Russland, Nord-Korea und Ungarn verurteilen. Man mag einwenden, dass es zu wenig Widerstand gibt, dass zu viele wegschauen und individualistisch reagieren. Man mag beklagen, dass der Grundsatz *Im Zweifel für die Freiheit!* für zu viele Bürgerinnen und Bürger lästig und überflüssig ist.

Dagegen hilft einzig und allein mehr Engagement der Demokraten für den Erhalt der Grundwerte, was bedeutet, dass auch klare Abgrenzungen von vermeintlichen Verbündeten oder gar Partnern vonnöten sind. Seit die Ausspähaktionen der NSA und anderer westlicher Geheimdienste gegen Bürger der Bundesrepublik bekannt geworden sind, ist klar, dass die USA und andere Alliierte grundsätzlich, auch als Konsequenz des 11. September, den Satz umdrehen, also: *Im Zweifel für die Sicherheit!* Die individuelle Freiheit der Bürger ist ihnen wenig wert, der vermeintlichen Sicherheit werden Menschenrechte geopfert. Die USA sind, in ihrem heutigen Zustand, kein Verbündeter bei der offensiven Verteidigung dieser Rechte: Guantanamo, Ausspähaktionen und wachsender Einfluss der Waffenlobby sind charakteristisch für ein Land, das Zug um Zug zu einer „gelenkten“ Demokratie verkommen ist, die autoritären Charakter annimmt. Europa darf diesen Weg nicht nachvollziehen, auch wenn heute Ansätze dazu auf dem Kontinent zu erkennen sind. Harte Kritik am Bündnispartner USA ist deshalb vonnöten, ebenso wie eine klare europäische Stellungnahme gegenüber Menschenrechtsverletzungen Russlands auf der Krim und im Lande selbst unverzichtbar ist. Daran mangelt es allzu häufig. Schließlich gilt unverändert, dass Kritik am israelischen Krieg gegen die Palästinenser notwendig und richtig ist und nichts mit Antisemitismus zu tun hat.

Faszinierend für Millionen Menschen in aller Welt ist die Idee eines Europas als einer *Einheit in der Vielfalt*. Europäische Künste und Wissenschaften haben die Welt über Jahrhunderte hinweg bereichert, haben Kreativität und Forschungsdrang gefördert. Die Epochen der griechischen Antike, der Renaissance, der Aufklärung und der Klassik in Europa stehen *pars pro toto* dafür.

Bedrückend und desillusionierend hingegen ist die Zerstrittenheit der europäischen Länder in existenziellen Fragen: Schutz der Minderheiten, lebenswürdige Existenz aller Menschen samt Sicherung des Arbeitsplatzes und bezahlbarem Wohnraum, Bespitzelung der Bürger, Presse- und Meinungsfreiheit gehören zu den am meisten bedrohten Gütern. Der Zug der Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft scheint unaufhaltsam zu rollen. Gefordert sind deshalb mehr Engagement und der Wille, den Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit (*Immanuel Kant*) zu befreien, also

aufklärerisch zu wirken: in Schulen, auf Universitäten, in allen anderen Bildungseinrichtungen, in den Medien und Parlamenten, in Massenorganisationen und Verbänden. Dazu gehört auch der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die heute bereits existierenden Möglichkeiten einer totalen Überwachung der Menschen durch digitale Dienste und sogenannte soziale Netzwerke. Die Ausspähung des Individuums auch jenseits von NSA und BND ist dramatisch vorangeschritten, das Bewusstsein dessen ist bei den Massen der Bürger freilich extrem unterentwickelt. Was nottut, ist eine Erweiterung und Konkretisierung des Kataloges der *Menschenrechte*: Jeder Mensch muss befähigt werden, seine Daten selbst zu kontrollieren und zu schützen. Deshalb ist der jetzt aufflammende Protest in Europa gegen das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) mit allen Kräften zu unterstützen, denn das Abkommen beinhaltet gewaltige demokratische, zivilisatorische und ökologische Nachteile. Er könnte zugleich als Ansatzpunkt dafür dienen, Europa wieder den Bürgern näher zu bringen und sie zu motivieren, sich für gemeinsame Anliegen zu engagieren. Aktionen für eine humane Asyl- und Migrationspolitik, nicht nur im Falle Nordafrika, Syrien oder Irak, könnten das Gemeinschaftsgefühl weiter stärken und das Vorurteil aus dem Feld räumen, europäische Befürworter seien vor allem bei den Reichen und Mächtigen zu finden, Europaskeptiker hingegen unter den ärmeren Schichten.

Im Ausland tritt Europa, treten europäische Organisationen, häufig gemeinsam und friedensstiftend auf: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Stiftungen, gesellschaftliche und kirchliche Institutionen. Europa hat sich weltweit den Ruf eines guten Vermittlers und Krisenmanagers erworben. Er wird freilich beschädigt durch immense Waffenlieferungen, die aus Europa, Deutschland voran, Diktatoren erreichen, die damit Kriege führen und gegen die eigene Bevölkerung einsetzen, nicht aber Lieferungen an um Überleben und Freiheit kämpfende Menschen wie jetzt *Yeziden* und *Kurden* beinhalten. Das gleiche negative Bild entsteht durch Lieferungen von Pestiziden, Arzneien und ungenießbaren Produkten aus Europa, die große Konzerne reich machen und Millionen von Menschen in Afrika und Asien schädigen. Der Ruf wird obendrein beschädigt durch den Export von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, wo unter Missachtung international gültiger Normen produziert wird und Hunderte Frauen, wie zuletzt in Textilfabriken in Pakistan und Indien, sterben. Dagegen müssen Bürgerinnen und Bürger Europas protestieren.

Weltweit betrachtet, besteht nur in Europa eine Chance, dass die Grundwerte beachtet und durchgesetzt werden. Weder in den USA, weder in Südamerika, in Afrika noch in Asien gibt es auch nur die Spur einer Chance dafür. Freilich bedarf es eines radikalen Neuanfangs, um diese Utopie einer gerechten und menschenfreundlichen Welt zu verwirklichen. Europa kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Genauer: Nur die griechisch-römische Tradition, auf der der Kontinent fußt, und die das Gebot der kritischen Vernunft in den Mittelpunkt des Daseins rückende europäische Aufklärung schaffen das begriffliche Instrumentarium, um den Predigern hemmungsloser „Liberalisierung“ der Märkte und ungebremsten Fortschrittswahns, aber auch eines neuen Nationalismus, Einhalt zu gebieten. Kritische Vernunft, wie sie *René Descartes* und *Immanuel Kant* einfordern, gebietet, ethische begründete Normen zu formulieren, die klarstellen, was von dem allen, was wir wissen und können, auch praktisch umgesetzt werden darf. Ansonsten erführe *Friedrich Dürrenmatts* Satz schreckliche Bestätigung: „Alles was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.“

Praktische Konsequenzen

Jede Ideen-oder Philosophiegeschichte steht auf dem Prüfstand der Geschichte, muss also ihre Legitimation in der Wirklichkeit nachweisen. Die aus den Grundwerten abzuleitenden praktischen Entscheidungen zumindest des Europas der Union – Gewaltverzicht, Herrschaft des Rechts, demokratische Grundordnung, Schutz des Individuums, Minderheitenschutz, Unverletzlichkeit der Grenzen, Verurteilung von Kriegen – müssen sich bewähren in praktischer Politik: zumal in einer Zeit, wo die Kriege vor der Haustür (Ukraine) und in der Nachbarschaft (Irak, Syrien, Gaza) stattfinden. Die Situation ist, aus europäischer Sicht, alles andere als günstig: Einzelne Staaten in Europa sind zu schwach, um friedensstiftend zu wirken; die Union ist, in ihrem derzeitigen Zustand, noch nicht gefestigt genug, um die Aufgabe zu übernehmen. Umso wichtiger ist, endlich eine gemeinsame *Außen-und Sicherheitspolitik* der Europäischen Union zu formulieren und zu praktizieren. Ein erster Schritt könnte die Wiederbelebung des *Weimarer Dreiecks* sein, also der Achse *Paris – Berlin – Warschau*. Gemeinsame Interessen dieser drei wichtigen europäischen Länder könnten die ethische Grundlage einer zukünftigen Politik sowohl gegenüber dem Hegemonialanspruch Russlands wie den, als Ergebnis des Ersten und Zweiten Weltkrieges entstandenen, Staaten des Nahen und Mittleren Ostens darstellen. Vorerst freilich muss sich Europa daran gewöhnen, dass die Jahrzehnte friedlichen Zusammenlebens in und außerhalb des Kontinents vorbei sind; Jahre der Gewalt im Osten und Südosten stehen bevor. Das dortige Gewaltpotenzial aber wird binnen kurzem auch Europa erreichen. Wird Europa auf diese neue Herausforderung eine seinen Grundwerten würdige Antwort geben?

Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass sich, keineswegs nur in den Ländern des Hochkapitalismus, eine Mentalität unter der überwiegenden Zahl der Bürger herausgebildet hat, die von den *Grenzen des Wachstums* zwar gehört, aber daraus keine sie selbst betreffende oder gar beeinträchtigende Schlüsse gezogen hat. Darauf beruht die immense und weltweite Verführungskraft des Kapitalismus: Er hat, als einzige Ideologie, das Streben nach materiellem Vorteil und Gewinn zu seinem eigentlichen Prinzip erklärt. Dieser Grundsatz steht in fundamentalem Widerspruch zum Prinzip des solidarischen Handelns, des Schutzes der Umwelt oder des pfleglichen Umgangs mit endlichen Ressourcen. Erst wenn es gelänge, diese „kapitalistischen“ Denkgewohnheiten und Handlungsmuster zu überwinden, gewänne die Diskussion ethischer Werte praktische Bedeutung.